

SP-Präsidium, Endenicher Allee 19 (Container), 53115 Bonn

Benedikt Bastin
Erster Sprecher

Telefon [+49 228 73-7033](tel:+49228737033)

E-Mail sp@uni-bonn.de

Adresse Endenicher Allee 19
(Container), 53115 Bonn

Webseite <https://sp.uni-bonn.de>

Beschlussausfertigung

Bonn, 2024-01-24

Beschlussausfertigung: **Ausbeutung durch KfW-Studienkredite beenden – Zinserhöhung unverzüglich zurücknehmen!**
Antragstellende: Steve Amoo (LGL), Vasco Silver (LP) und Lorenz Holl (Jusos)
Sitzung des Beschlusses: 13. ordentliche Sitzung
Datum der Sitzung: 2023-12-20
Empfänger des Beschlusses: Katrin Uhlig und Jessica Rosenthal

Das 45. Studierendenparlament der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn hat in seiner **13. ordentlichen Sitzung einstimmig** den angehängten Antrag der oben genannten Antragstellenden, **Ausbeutung durch KfW-Studienkredite beenden – Zinserhöhung unverzüglich zurücknehmen!**, beschlossen.



Benedikt Bastin
Erster Sprecher

Anlagen:

1. Beschluss

Das 45. Bonner Studierendenparlament hat beschlossen:

Das 45. Bonner Studierendenparlament fordert die Bonner Bundestagsabgeordneten Katrin Uhlig und Jessica Rosenthal dazu auf, auf die Bundesregierung einzuwirken, den Studienkredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) finanziell zu unterstützen und ihre Stimmen im KfW- Verwaltungsrat dafür zu nutzen, dass:

- die Zinsen für KfW-Studienkredite auf den niedrigsten Zinssatz der KfW begrenzt werden,
- Stundungsregelungen für die Rückzahlung bei Geringverdienenden und Arbeitslosen, vergleichbar zu jenen beim BAföG, geschaffen werden,
- das Angebot des Studienkredits auf alle ausländischen Studierenden ausgeweitet wird.

Wer einen Studienkredit bei der KfW beantragt, kann monatlich bis zu 650€ erhalten. Zinsen werden bereits ab dem ersten Monat der Auszahlung fällig. Die Höchstdauer liegt – abhängig von Alter und Studiengang – bei drei bis sieben Jahren. Im Gegensatz zum BAföG handelt es sich hierbei um einen reinen Kredit, der vollständig zurückgezahlt werden muss. Bei diesen Studienkrediten gibt es keine garantierte Stundungsmöglichkeit, wenn das eigene Einkommen zu niedrig ist. Die mit der gestiegenen Inflation begründeten Anhebungen des Leitzinses durch die Europäische Zentralbank lassen die Zinsen fast überall steigen, allerdings nicht überall gleich schnell. So liegen die Bauzinsen aktuell mit 4,1 Prozent bis 4,5 Prozent deutlich unter denen für die KfW-Studienkredite, die im Herbst auf 9,01 Prozent angehoben wurden. Hinzu kommt, dass die KfW keine profit-orientierte Bank ist: Sie ist eine Anstalt öffentlichen Rechts und gehört den Regierungen von Bund und Ländern. Der Studienkredit wird bisher aber nicht von staatlicher Seite bezuschusst und steht zudem fast nur deutschen Studierenden und jenen aus dem EU-Ausland, die in Deutschland studieren, zur Verfügung. Das 45. Bonner Studierendenparlament kritisiert scharf, dass die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die Zinsen auf einen Studienkredit drastisch – auf 9,01 Prozent – erhöht hat. Betreffenden Studierenden wird in den derzeitigen Krisenzeiten – gerade im aktuellen Winter mit seinen hohen Strom-, Heiz- und Lebensmittelkosten – dadurch eine wichtige Studienfinanzierungsmöglichkeit erheblich erschwert. Auch wenn die KfW bei der Festlegung ihrer Kreditzinsen an den europäischen Referenzzins, den Eurobor, gebunden ist und somit gewissen Verpflichtungen unterliegt, muss die selbsternannte „Bank aus Verantwortung“ doch ihrem eigenen Anspruch gerecht werden, die „sozialen [...] Lebensbedingungen weltweit zu verbessern“ und Studierenden somit bedarfsgerechte, möglichst entgegenkommende Kredite ermöglichen. Das Studierendenparlament schließt sich daher dem Statement des Deutschen Studierendenwerks vom 05.10.2023 an.

[beschlossene Form ausgearbeitet durch das SP-Präsidium]